

STRATEGIEPAPIER

Dies ist eine erste Skizze für eine gemeinsame Strategie. Das ist selbstverständlich erstmal eine Diskussionsgrundlage. Ihr könnt das gerne als Ansatz für eure lokale Arbeit nutzen. Das überregionale Bündnis hat diesen Text allerdings bisher noch nicht beschließen können. Fraglich ist auch, ob es notwendig ist eine so detaillierte Strategie abzustimmen. Wichtig ist vielmehr die Debatte über die Anregungen aus dem unten stehenden Papier. Viel Spaß beim lesen. :)

1. Was sind die Bildungspolitischen Gründe für eine Protestbewegung im Bildungswesen?

Jede_r, die_der heute mit Bildung konfrontiert ist, muss unzufrieden sein. Schüler_innen und Studierende an den klassischen großen Bildungseinrichtungen ebenso wie Lehrer_innen und Dozierende. Bildungsarbeiter_innen außerhalb dieser Institutionen, Auszubildende, Erwerbslose unter dem Fortbildungszwang der Jobcenter und Menschen in Knästen sind ebenfalls regelmäßig – nicht immer freiwillig – Teil des Bildungswesens im weiteren Sinne. Ob man dabei hauptsächlich als Lernende_r oder Lehrende_r begriffen wird oder auch den materiellen Rahmen der Bildungseinrichtungen schafft (als Techniker_in, Fahrer_in oder Reinigungskraft, etc.), verändert zwar die Perspektive auf die Verhältnisse, doch sind alle gleichermaßen von ihnen betroffen. Das gilt nicht weniger für all diejenigen, die durch rechtliche oder finanzielle Hürden an der Teilhabe gehindert werden.

Jede_r, die_der heute mit Bildung konfrontiert ist, hat Grund über diese Verhältnisse unzufrieden zu sein.

Fangen wir damit an, wer alles nicht anfangen kann: Die Sortierung von Schüler_innen nach der Grundschule in Vielversprechende und Abgeschriebene produziert die Unterschiede, die ihr angeblich zugrunde liegen sollen. So werden vielen Menschen bestimmte Lebenswege von vornherein versperrt. Schüler_innen, deren Namen, Aussehen oder Sprachgebrauch nicht zur unterstellten Normalität „gebildeter Bürger_innen“ passt, werden bei gleichen Leistungen feststellbar schlechter bewertet. Jedes Jahr wird aufs Neue erhoben, wer es zu einem Hochschulstudium bringt: überwiegend Kinder von Eltern, die selbst einen Hochschulabschluss haben, während es Kinder ohne akademischen Hintergrund und Migrant_innen viel schwerer haben. Diese Kette von sozialen und ökonomischen, oft genug aber auch völlig willkürlichen Ausschlüssen verschlechtert die Aussichten der Ausgeschlossenen auf ein gutes Leben. Bei denen, die es „geschafft“ haben, hinterlässt es den Glauben, sie seien zu gesellschaftlichen Eliten berufen. Was heißt eigentlich Elite? Unter Elite kann man solche Menschengruppen verstehen, denen es im Rahmen gesellschaftlicher Machtbeziehungen vergleichsweise gut geht, weil sie über Macht verfügen. Das Interesse an Macht führt dazu, dass Menschen diese Beziehungen verfestigen wollen.

Das Innere der Bildungseinrichtungen ist von Strafen und Disziplinierung beherrscht. Es wird

Lernfabriken ...meutern!

nicht mehr auf Prügelstrafen zurückgegriffen, die Methoden sind (ein wenig) subtiler geworden. Das Verhalten von Schüler_innen und Auszubildenden wird in eigenen Heften dokumentiert, um möglichst weitgehende Kontrolle ausüben zu können. In Knästen werden die kostenpflichtigen Bildungsangebote nur dann verbilligt, wenn die Teilnehmer_innen gute Noten erhalten. Ihre besondere Schärfe erhalten diese Maßnahmen durch den überall zum Ideal erhobenen Konkurrenzdruck, wie sich an Hochschulen zeigt. Wenn Studierende, die sich durch Lohnarbeit neben dem Studium finanzieren müssen, keine Zeit haben, um zwei Wochen für eine Klausur zu lernen, schwinden einfach die Chancen auf einen Masterplatz und damit einen Job. Doch letztlich gilt das Prinzip schon in der Grundschule, denn wer hinter den Leistungsschnitt zurückfällt, erhält schon keine Empfehlung mehr für den Besuch des Gymnasiums. Der Leistungszwang geht auf diese Weise nicht mehr von strengen Lehrer_innen mit Rohrstöcken aus, sondern von der repressiven Verteilungslogik von Bildung als Ressource.

Entscheidungsprozesse im Bildungswesen waren zu keinem Zeitpunkt besonders demokratisch. Schüler_innen, Auszubildende und Studierende werden in den meisten Fällen nicht gefragt, was, wann oder wie sie lernen wollen. Bedingt ist das schon durch das hierarchische Verhältnis, das in die Unterscheidung Lerner von Lehrenden gelegt wird. Reihenweise wurden die Hochschulverfassungen auf Präsident_innen und Rektor_innen als autokratische Entscheidungsträger_innen zugeschnitten. Die Leistung von Hochschulleitungen wird an sog. Indikatoren, vorbestimmten Kriterien, gemessen. Um liefern zu können, erhalten sie dafür weitgehendes Alleinherrschaftsrecht über die Hochschule. Das ist Ausdruck neuerer ministerieller Verwaltung.

2. Was sind die gesellschaftspolitischen Gründe für eine Protestbewegung im Bildungswesen?

Wir befinden uns zweifelsohne in einer besorgniserregenden Zeit. Die herrschende Krisen- und Sparpolitik führt zu weiteren Verelendungen, die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Insbesondere im Süden Europas geraten zunehmend viele Menschen in Armut. Allorts werden sozial Sicherungsnetze und gesellschaftliche Umverteilungsmechanismen beseitigt. Die Konsequenz ist eine Verschärfung sozialer Ausgrenzungen, Perspektivlosigkeit, Angst um die eigene Existenz. Auf einer strukturellen Ebene beobachten wir eine Ent-demokratisierung. Demokratie ist die gemeinsame, vernünftige Entscheidungsfindung über natürliche und gesellschaftlich produzierte Reichtümer. Soziale Ausgrenzung, Verarmung, wachsender Reichtum bei wenigen und Ent-demokratisierung hängen strukturell zusammen. Sie sind das Ergebnis einer Politik der Enteignung, der Verwertung und des totalen Wettbewerbs.

Diese soziale Ausgangslage zieht Protest nach sich. Mit Sorge beobachten wir, dass dieser Protest von Rechts organisiert wird. Sexistische und rassistische Einstellungen äußern sich offen in Anschlägen, Morden, Großdemonstrationen und Wahlerfolgen menschenverachtender Parteien. Es gilt zu handeln. Bündnisse wie Nationalismus ist keine Alternative und Aufstehen gegen Rassismus müssen ausgebaut werden. Refugee Selbstorganisationen müssen unterstützt werden. Antifaschistische Recherche, Aufklärungs- und Widerstandsarbeit sind zu intensivieren. Nicht alternativ zu diesen Politikfeldern, sondern ergänzend und damit verbunden, müssen wir Ursachen rechter Einstellungen und Taten untersuchen, kritisieren und beheben. Wir sind über-

Lernfabriken ...meutern!

zeugt davon, dass Bildung, Arbeit und Familie wichtige Orte der Vergesellschaftung sind. Was heißt Vergesellschaftung? Familie, Arbeit und Bildung sind die Lebensbereiche, in denen die meisten Menschen den Großteil ihrer Zeit verbringen. Hier werden Ansprüche an sie gestellt, hier wird mehr oder wenig hart Anpassung, Veränderung und Lernen erzwungen – zum Teil gegen die vernünftigen Ansprüche Einzelner oder Gemeinschaften. In den Lebensbereichen Arbeit, Bildung und Familie lernen wir bewusst und unbewusst, wie wir uns verhalten müssen, was wir können müssen, was von uns erwartet wird. Wir lernen dort nicht nur Techniken und Wissen, wie lesen und schreiben, die wir selbstbestimmt anwenden können. Wir verinnerlichen dort auch uns unterzuordnen, zu gehorchen. Wir eignen uns dort manchmal sogar Dinge an, die selbst aus der Perspektive von Eltern, Lehrer*innen und Chef*innen falsch sind. Einfach weil die Rahmenbedingung ungenügend oder grundsätzlich falsch sind. So kann hier auch Lust an Gewalt, Selbsthass, Ohnmachtsgefühle verinnerlicht werden. Bildung, Arbeit und Familie liefern zum Teil sehr unterschiedliche Formen und Masken, in die wir herein wachsen bis wir diese Formen und Masken sind. Die Ursachen für antidemokratische Haltungen, Gewalt, Rassismus müssen hier gesucht und bearbeitet werden. Dazu gilt es Bildungsanstalten in ihrer widersprüchlichen Rolle zu erkennen und zu kritisieren. Einerseits dienen sie dazu, Menschen zu befähigen und damit von Autorität zu befreien. Andererseits, haben sie die klare Aufgabe willige Arbeitskräfte und folgsame Staatsbürger*innen zu produzieren. Insofern ist das Bildungswesen auch ein Zurichtungsapparat, der Autorität bestärkt und sie Menschen einpflanzt. Dazu passt, dass Lernende nur wenig Einfluss auf Inhalt und Methoden ihres Bildungsweges haben. Dazu

passt es, dass Bildungsinstitutionen so viele Straf- und Zwangsinstrumente anwenden. Sie prüfen, kontrollieren und sanktionieren in einem fort.

Ein zweiter Widerspruch sei noch angesprochen: Einerseits, dient Bildung um Gleichheit und gleiche Bedingungen zu schaffen. Alle Menschen sollen Lesen und Schreiben lernen. Andererseits dient das staatliche Bildungswesen auch der Auswahl und In-Wert-Setzung Weniger. Das ganze Bildungssystem ist darauf ausgerichtet Manchen mehr Bildung und mehr Rechte zuzugestehen als anderen. Wer mehr Bildung erhält, ist am Ende zumindest auf dem Arbeitsmarkt mehr wert und kann sich mehr leisten. Es gibt also einen Punkt, an dem das Bildungswesen nicht mehr allen alles Wissen zur Verfügung stellt, sondern nur manchen. Gerechtfertigt wird das damit, dass nur wenige über die Fähigkeiten verfügen würden, komplexere Inhalte zu lernen. Doch ist dies eine bloße Annahme, die sich faktisch nicht beweisen lässt. Zweitens haben wir in der Geschichte beobachtet, dass die Masse derer, die zu „höherer“ Bildung zugelassen werden extrem schwankt. Die Ausweitung von Bildungsprivilegien lässt sich zumeist auf ökonomische „Berechnungen“ zurückführen. Zugespitzt gesagt: Wenn Deutschland mehr Macht und Reichtum durch viele Ingenieur*innen erhält, dann dürfen auch mehr diese Fächer studieren. Das verrät einen (Selbst-)Betrug. Es liegt nicht an den Einzelnen, ob sie „gut genug“ sind Realschule, Gymnasium, Ausbildung XY zu machen. Sondern es liegt daran, ob ihnen das ermöglicht wird. Grob gesagt, stellen Prüfungen und Noten fest, wer es unter schlechten Betreuungsbedingungen in kurzer Zeit schafft, geforderte Leistungen zu erbringen. Lassen wir mal die Frage beiseite, ob die geforderten Leistungen überhaupt sinnvoll sind. Die Arbeitsbedingungen, unter

Lernfabriken ...meutern!

denen gelernt werden soll, können jederzeit geändert werden. Das kostet Geld. Aber das wäre da. Es könnten mehr Lehrer*innen eingestellt werden, es könnten bessere Lernmaterialien zu Verfügung gestellt werden. Darum geht es aber offensichtlich nicht. Es geht darum, die Arbeitskraft und Anpassungswilligkeit von Menschen zu beziffern. Das ist hilfreich für spätere Chef*innen. Mit Aufklärung und Mündigkeit hat das allerdings nichts zu tun. Menschen mit autoritären Einstellungen geben das zum Teil offen zu. Das macht sie aber nicht zu ehrenwerten Menschen. Schon gar nicht heiligt das ihre Einstellung. Im Gegenteil: Es offenbart ihre menschenverachtenden, antiaufklärerischen Züge.

3. Was können Ziele eines Bildungsprotests sein?

- Was sind inhaltliche Ziele?
- Was sind gesellschaftlich Zielvorstellungen, die wir mit unseren Aktionen verbinden?
- Was wollen wir mit unserer Arbeit direkt erreichen?
- Was erwarten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten?

Mit dem geplanten Bildungsprotest verbinden wir verschiedene Ziele. Die im Folgenden knapp umrissen werden.

1. Leiderfahrungen artikulieren, Leidensdruck vermindern

Der Wunsch alle Widersprüche und Formen von Herrschaft in einem Schwung ausräumen zu wollen ist verständlich. Ja, es ist schon theoretisch gar nicht möglich die Probleme in einem gesellschaftlichen Bereich zu lösen, ohne die Gesellschaft im Ganzen umzukrempeln. Aber irgendwo müssen wir anfangen. Dazu ist es wich-

tig, sich eigene Erfahrungen und objektive Interessen bewusst zu machen. Daraus wollen wir eine Kritik an dieser Gesellschaft entwickeln. Es ist wichtig, den eigenen Erfahrungshorizont im Lichte gesamtgesellschaftlicher und das heißt systematischer Zusammenhänge zu untersuchen. (Oben haben wir das bezogen auf Noten und den Arbeitsmarkt versucht anzudeuten. Ist uns in der Kürze natürlich nicht ganz gelungen. Aber ihr versteht sicherlich, worauf wir hinaus wollen.) Wenn wir für höhere Löhne, kürzere Arbeitstage oder weniger Notendruck kämpfen wollen, so gehen wir gegen Symptome einer kranken Gesellschaft vor. Das ist nicht ausreichend. Und doch ist es gerechtfertigt, sogar notwendig. Denn an diesen Symptomen leiden wir und leiden Andere. Wichtig ist immer wieder zu verdeutlichen, dass es letztlich darum geht den Ursachen für lebenslänglichen Stress, Traurigkeit und Angst beizukommen.

2. Organisierter Widerstand als Ermächtigungserfahrung

Wir wollen Protest organisieren, weil er den ewigen Vollzug des Normalbetriebs durchbricht. Protest ist im Normalfall überraschend und er zeigt, dass diese Welt nicht für immer so bleiben muss, wie sie jetzt ist. Menschen, die sich an einem Protest oder gar Streik beteiligen erleben, dass sie gemeinsam den Zwang mitzumachen durchbrechen können. Oft motiviert diese Erfahrung ein Leben lang, sich kritisch mit dieser Welt auseinander. Es motiviert dazu nicht aufzugeben bis Unterdrückung und Leid ein Ende gefunden haben. Das wollen wir erreichen.

Dabei ist ein Protest immer eine Massenbewegung. Das birgt die Gefahr, dass Menschen ihren Verstand ausschalten und Lust an der Macht der Masse gewinnen. Wir halten diese Gefahr für real. Sie ergibt sich daraus, dass Menschen

in dieser Gesellschaft oft nicht in der Lage sind, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen. Und doch halten wir es für unvermeidlich, dass Menschen sich als Teil eines Zusammenhangs begreifen. Doch dieser Zusammenhang muss vernünftig gestaltet sein und er muss dazu beitragen, dass unterschiedslos alle Menschen ein möglichst gutes Leben haben.

Daher ist es uns wichtig, dass unsere Argumente für diesen Protest überzeugen und der Protest eine breite politische (Selbst-)Bildung und eine dauerhafte antiautoritäre politische Organisation zur Folge hat.

3. Politische Bildung

Protest ist kein Selbstzweck. Aus unserer Sicht soll er immer auch zu politischer Bildung beitragen. Wir betrachten bereits die Analyse und Textarbeit im Vorfeld der eigentlichen Aktionen als Selbstbildung. Doch damit endet Aufklärung nicht. Denn die aufeinanderfolgenden öffentlichkeitswirksamen Aktionen sollen auch wieder dazu beitragen, dass mehr Menschen kritische Fragen stellen, in politische Diskussionen treten und Texte lesen. Uns geht es darum Sichtweisen und Argumente zur Debatte zu stellen, die sonst überhört werden. Ja wir wollen überhaupt die Möglichkeit zu Argumentation bieten. Dazu sind selbstorganisierte Kongresse, Tagungen, Vorträge, Seminare Texte und Diskussionsrunden unabdingbar. Doch damit sich ein dauerhafter Lernprozess einstellt, der über die Ebene der vereinzelt Person hinaus geht muss noch ein weiterer Schritt gegangen werden:

4. Organisationen bilden

Die dauerhafte politische Struktur erweitert nicht nur Handlungsspielräume, weil sie Einzelne aus der Isolation holt. Sie stellt Lerneffekte sicher. Im Rahmen dauerhafter politischer Orga-

nisationen können Erfahrungen aufgearbeitet werden und strategische Irrwege korrigiert werden. Vor allem kann erst in solchen Organisationen ein dauerhafter Gesprächszusammenhang hergestellt werden. Es reicht nicht einen Flyer zu lesen und ein paar Redebeiträge auf der Demo zu hören, um zu begreifen, was alles schiefgeht. Eine dauerhafte Auseinandersetzung ist wichtig. Das gelingt nur in Strukturen, die selber ein Bildungsangebot aufbauen können und in der Lage sind erfahrungsbasierte, verbindliche Entscheidungen zu fällen. Nur so können Lernprozesse fortschreiten und gehen nicht nach einem einzelnen Lesekreis oder einer gescheiterten Aktion wieder verloren. Wir wollen diesen Protest dafür nutzen, für politische Selbstorganisation zu werben. Solange diese nicht autoritär gestaltet ist und vergleichsweise offene und rationale Debatten möglich sind, tragen diese zur kritischen Bewusstseinsbildung bei. So bietet es sich beispielsweise an mit dem Schwung eines solchen Protestes basisgewerkschaftliche Strukturen wie den unter_bau aufzubauen.

5. Soziale Kämpfe zusammenführen

Wie oben bereits angedeutet halten wir einen Bildungsprotest für eine gute Möglichkeit zahlreiche soziale Kämpfe zusammenzuführen, da sich fast alle Unterdrückungsformen in den Bildungseinrichtungen widerspiegeln. Das liegt daran, dass das Bildungswesen dazu da ist, diese Gesellschaft abzusichern. Wir erhoffen uns also neue Bündnisse zu schließen und damit insbesondere den Gruppen eine Plattform zu liefern, die vom eintönigen Gebrabbel des Mainstreams immer wieder übertönt werden. So gilt es gegen Geschlechterungleichheiten, Klassenherrschaft und Rassismus vorzugehen. Wir betrachten einen Bildungsprotest als eine gute Möglichkeit verschiedene Kämpfe gegen

Unterdrückung und Ausbeutung zusammenzuführen.

4. Welche sozialen Gruppen können einen Bildungsprotest tragen?

Es mag schwierig erscheinen, sich in einem widersprüchlichen Feld, wie dem Bildungs- und Wissenschaftswesen politisch zu arbeiten. Zudem ist das Bildungswesen nur sehr begrenzt wandelbar, ohne eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Organisation. Das darf uns aber nicht davon abhalten hier politisch aktiv zu werden.

Hier machen wir ähnliche (Leid-)Erfahrungen. Hier ist es leicht gemeinsame Worte für Unterdrückung zu finden. Damit wird sie benennbar und sichtbar. Das bedeutet auch, dass anhand der Erfahrungen in Schule, Ausbildung u.ä. verständlich gemacht werden kann, was Herrschafts- und Ausgrenzungsverhältnisse sind und wie sie wirken. Denn im Bildungswesen ist es aus nächster Nähe aufzeigbar, wem Erfolg in die Wiege gelegt wird und wem nicht. Es ist leicht begreiflich zu machen, dass es Strukturen und nicht individuelle Schuld sind, dass manchen alles und anderen nichts zugebilligt wird. Von hier aus können Leid und verordnete Genussfeindlichkeit aus der eigenen Perspektive begriffen werden. Der Ort an dem wir selber leben, lieben und arbeiten ist auch der Ort, in dem wir direkte Organisations- und Widerstandserfahrungen machen können.

Es ist wahr: Bildungsproteste sind meist von weißen Gymnasiast*innen und Student*innen, mit deutschem Pass dominiert worden. Das kann nicht Ziel der Sache sein. Das muss aber auch nicht passieren. Denn tatsächlich sind nahezu alle Menschen im Bildungs- und Wissenschaftswesen beschäftigt, zumal immer weitere Teile der Bevölkerung studieren oder in anderer

Form lange Ausbildungszeiten auf sich nehmen. Die Lebenszeit, die Menschen mit Bildung und Ausbildung verbringen, steigt also an. Das ist auch der Grund, warum im Bildungssystem gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Unterdrückungsverhältnisse besonders sichtbar werden. Schon die Selektion in drei verschiedene Schulformen zeigt die hämische Fratze dieser Klassengesellschaft. Benotungen und Disziplinaranordnungen zeigen noch feiner untergliedert, welchen Menschen Privilegien zugesprochen werden. Auch geschlechtliche oder rassifizierte Ausbeutungen werden an der Arbeitsteilung sehr deutlich. Der Besuch einer handelsüblichen Universität genügt, um einen Eindruck von der Machtverteilung dieser Gesellschaft zu bekommen.

Wichtig ist aus unserer Sicht mit den Schüler*innen aller Schulformen, Auszubildenden und Studierenden zusammenzuarbeiten. Darüber hinaus sind wir bestrebt, uns mit Erwerbslosen zu vernetzen. Denn auch sie sind Betroffene. Auch sie erleben Bildungsmaßnahmen als Teil eines umfassenden Disziplinierungsprogramms. Möglicherweise lässt sich sogar argumentieren, dass genau dieses Programm erst richtig erkennbar wird, wenn man sich genauer Fortbildungskurse des Jobcenters befasst.

Indem wir uns gemeinsam organisieren, wollen wir auch einen Weg finden Ausschlüsse in einer selbstgestalteten Struktur zu überwinden.¹ Die Zusammenarbeit soll in diesem Sinne den Ausdruck politischer Ansprüche und damit Widerstand für verschiedene Gruppen ermöglichen. Selbstverständlich muss dabei klar sein, dass es zahllose Unterschiede, in der Weise gibt, wie wir im Einzelnen oder als gesellschaftliche Gruppen von Ausgrenzung betroffen sind. Dennoch ist ein gemeinsamer Zusammenschluss möglich. Dabei dürfen sexistische oder rassistische Diskriminierung nicht wiederholt werden, sie müssen

Lernfabriken ...meutern!

schon in der eigenen politischen Arbeit überwunden werden. Wir wollen daher mit Gruppen, die sich in antifaschistischen und (queer) feministischen Kämpfen befinden und selber Arbeitsgemeinschaften zu diesen Themen bilden nicht nur zusammenarbeiten, sondern vielmehr die Kritik aus diesen Gruppen und die Veränderungsansätze zum Ziel unserer Bewegung werden lassen.

Indem wir uns über Unterdrückung austauschen, können wir erst solidarisch mit einander handeln. Dabei wollen wir Menschen keine Wahrheit aufdrängen oder ihnen sagen, was zu tun ist, sondern vernünftige Widerstände unterstützen. Denn Sinnlosigkeit von Unterdrückung und Leid ist der Grund dafür, dass die guten Argumente auf unserer Seite stehen. Es bedarf keines dominanten Verhaltens um Protest auszulösen. Es bedarf eines lediglich einer solidarischen Organisation, um sich gemeinsam gegen Unterdrückung zu wehr zu setzen.

5. Was können die Artikulationsformen eines Bildungsprotests sein?

Dieser Abschnitt ist keine klassische Komponente eines Strategiepapiers. Hier werden wahrscheinlich in erster Linie Leute interessiert sein, die selbst noch nicht politisch organisiert sind oder in Organisationen noch nicht viel Erfahrung gesammelt haben. Der hier entstehende Abschnitt ist insofern eher als eine Methodensammlung und ein Brainstorming zur situativen Eignung dieser Methoden aufzufassen, aus denen ein Anhang zum Strategiepapier wird. Entsprechend wäre die Form der Ergebnissicherung (Liste o.ä.) zu wählen.

- Was sind die Möglichkeiten?
- Was sind die Voraussetzungen (Kenntnisse und Ressourcen) und was sind die Risiken?
- Was ist durch bestimmte Aktionsformen zu

erreichen und was nicht?

- Welche Artikulationsformen verhindern eine Solidarisierung verschiedener Gruppen (z.B. Studis, die abschätzig von „Verschulung“ reden oder davon „ein Studium ist keine Ausbildung!“)

6. Wer kann für einen Bildungsprotest mobilisiert werden und wie?

Um Betroffene und Interessierte zu mobilisieren, gilt es Zugang zu ihren Arbeits- und Lernräumen zu erhalten.

Dabei kann es sein, dass bestimmte Personen- oder Altersgruppen eher geeignet sind, um angesprochen zu werden; z.B. weil man Erfahrungen teilt oder sich noch näher an der entsprechenden Erfahrungswelt befindet. Formal eignen sich für die Kontaktaufnahme meist Vertretungsstrukturen, die es in den meisten Bereichen gibt (Schüler_innenvertretungen, Orts- oder Betriebsgruppen der Gewerkschaften, Personalräte). Dies sollte möglichst weitreichend an verschiedenen Stellen praktiziert werden: Jobcenter, versch. Schulformen, Betriebe, Hochschulen; adressiert werden dabei sowohl Lernende als auch Lehrende und unsichtbar Arbeitende (Hausmeister_innen, Verwaltungsangestellte, Putzkräfte).

Wenn der Zugang zum Arbeits- und Lernraum erreicht ist, sollte auch informeller Kontakt (z.B. auf Kulturveranstaltungen, Feiern, etc.) genutzt werden, um eine Gesprächsebene zu erreichen. Bei diesen Kontaktaufnahmen müssen unterschiedliche Erfahrungswelten, Ausdrucksnormalitäten und politische Hintergründe in Betracht gezogen werden.

Es sollte nicht nur in Form von Vorträgen gearbeitet werden, besser eignen sich oft offene Diskussionen in Gruppen oder der informelle Eventrahmen (der sowohl aufgesucht als auch selbst geschaffen werden kann). Zu denken

Lernfabriken ...meutern!

wäre hier an Konzerte, Grillabende und dergleichen.

Insgesamt ist es ein Risiko, belehrend oder missionierend in die Lebensrealitäten anderer Menschen einzutreten, ohne einen Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen; dieses Risiko kann einerseits durch eine Reflexion der eigenen Rolle und Herangehensweise, andererseits durch die Wahl der richtigen Methode eingedämmt werden.

7. Was sind Zeitplan und Aktionskonsens des Protests?

Zeitplan:

der aktuelle Zeitplan findet sich auf der Homepage unter dem Reiter Zeitplan

Aktionskonsens:

Hier ist einerseits auf die lokalen Gruppen zu verweisen, andererseits auf die Sammlung aus dem Panel Nr. 5 „Was können Artikulationsformen eines Bildungsprotests sein?“.

8. Wie soll die Struktur des Bündnisses aufgebaut sein?

- Wie wollen wir Entscheidungen treffen?
- Wie teilen wir Arbeit auf?
- Wie vermitteln wir unsere Inhalte?
- Wie gehen wir mit der Presse um?
- Wie machen wir Veröffentlichungen?

Aufbau des Bündnisses

Politischer Protest, der sich gegen Autorität und für Selbstbildung ausspricht sollte sich aus unserer Sicht dezentral formieren. Damit wird dieser Protest von einem Bündnis aus lokalen Basisgruppen getragen, die sich auf eine gemeinsame Kritik, mittelfristige Ziele und eine Strategie einigen. Als Startsignal organisieren wir Ende November 2016 einen Kongress der den Start-

punkt für den Aufbau dezentraler Protestgruppen darstellen soll. Auf diesem Kongress soll ein gemeinsames Strategiepapier beschlossen werden. Weiterhin gilt es einen neuen Aufruf zu formulieren und überregional arbeitende Arbeitskreise einzurichten. Zu diesen Arbeitskreisen zählen unter anderem:

- Öffentlichkeits-AG
- Aufbau-Team
- Material/Gestaltung
- AG Text

Diese sollen offen gestaltet sein, von dem Kongress mit möglichst konkreten Aufgaben beauftragt werden und für die Basisgruppen eine Unterstützungsfunktion einnehmen. So sollen die A-Teams dabei helfen vor Ort Protestgruppen aufzubauen und ihnen bei der Organisation von Aktionen helfen. Die Material-AG ist dazu da bundesweite Informations- und Werbematerialien zu erstellen, die die Basis für sich nutzen kann. Ähnliches gilt für die Text-AG. Dabei sind die Arbeitsgemeinschaften dazu angehalten, die Argumente und Beschlüsse des Kongresses aufzufangen und in ihren Produkten zu verarbeiten. Da ihre Arbeit ungenutzt bleibt, wenn sie anders handeln gehen wir davon aus, dass die beauftragten Personen sich an den Wunsch der Basis halten. Dass bedeutet allerdings, dass die Basis im Umkehrschluss möglichst konkrete Angaben über ihre Bedürfnisse machen sollte, da die Arbeitsgemeinschaften sich andernfalls schnell für die Katz abmühen.

¹ *Das heißt wir haben zum Beispiel keine Lust auf eine Gruppe, in der vor allem Männer lange Reden schwingen, weil sie in ihrer Erziehung eher dazu ermutigt werden den Chef zu spielen.*